

Bürokratie: Sicht der Unternehmen

WKÖ-Wirtschaftsbarometer: Arbeitszeit und Arbeitnehmerschutz verursachen aus Sicht der Unternehmen die meiste Bürokratie

Im aktuellen WKÖ-Wirtschaftsbarometer sehen die Unternehmen finanzielle Entlastung und den Abbau von Bürokratie als prioritäre Aufgabe für die Regierung in der aktuellen Legislaturperiode. Erstmals haben die Unternehmen jene Bereiche bewertet, die am meisten Bürokratie bzw. Probleme verursachen.

Die Gegenüberstellung der Antworten der betroffenen Unternehmen und der Schwerpunkte des Regierungsprogramms zeigen, dass die Richtung stimmt. Viele von der Wirtschaft geforderte Punkte wie flexiblere Arbeitszeiten, ein modernes Arbeitsrecht, die Vermeidung von Gold Plating und die Reduzierung von Informationspflichten sollen mehr Freiheit für die Unternehmen und weniger Bürokratie bringen.

Prioritäten für diese Legislaturperiode

Am häufigsten wird von den Unternehmen eine finanzielle Entlastung durch die Senkung der Lohnnebenkosten sowie eine Bürokratieentlastung gefordert. Weitere Maßnahmen betreffen die Fachkräftesicherung sowie Arbeitszeitflexibilisierung und Bildung.

Welche der folgenden Themenbereiche hat aus Ihrer Sicht Priorität für die nächste Legislaturperiode?

Antworten „sehr wichtig“



79 %

Lohnnebenkosten senken



69 %

Bürokratieabbau



63 %

Fachkräfte sichern



58 %

Steuer- und Abgabenquote senken



55 %

Arbeitszeitflexibilisierung



46%

Bildungsreform

Quelle: WKÖ-Wirtschaftsbarometer
Mehrfachantworten möglich

Zur Umfrage

Der WKÖ-Wirtschaftsbarometer ist die größte Umfrage der gewerblichen Wirtschaft. Befragt werden die Unternehmen u.a. zu ihren Erwartungen in Hinblick auf Auftragslage, Beschäftigung, Investitionen sowie wirtschaftspolitisch relevante Themen und Fragestellungen. Aktuell wurden die Prioritäten für diese Legislaturperiode und konkrete Bürokratiepunkte ermittelt. An der Umfrage beteiligten sich 3.615 Unternehmen.

Finanzielle und bürokratische Entlastungen sind die wichtigsten Anliegen der Unternehmen

Die größten Bürokratie-Belastungen

Erstmals wurde im Rahmen des WKÖ-Wirtschaftsbarometers abgefragt, welche Bereiche konkret die größte Bürokratie verursachen.



Deutlich auf Rang 1 der Bürokratieverursacher: Arbeitsrecht und Arbeitszeitregelungen

Arbeitsrecht- und Arbeitszeit ist jener Bereich, der am meisten Bürokratie verursacht. Bei kleinen und mittleren Unternehmen geben 82 %, bei den großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten 77 % Arbeitsrecht- und Arbeitszeit als Hauptverursacher von Bürokratie an. Im Vergleich dazu fällt der Anteil bei Ein-Personen-Unternehmen (EPU) mit 49 % deutlich geringer aus. Auch die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen belegen die hohe bürokratische Belastung ausgehend von Arbeitsrecht und Arbeitszeit.

Am zweithäufigsten wird **Arbeitnehmerschutz und Gesundheit** als Bereich genannt, der Bürokratie verursacht. Bei den KMU geben 54 %, bei großen Unternehmen 48 %, an, dass Arbeitnehmerschutzbestimmungen eine bürokratische Belastung darstellen. Ebenso weniger belastend sind die Schutzbestimmungen im Dienstleistungsbereich (37 %). Besonders häufig geben Unternehmen aus dem Handel, Bau und Verarbeitenden Gewerbe Schutzmaßnahmen als bürokratischen Aufwand an.

Die **Steuergesetzgebung** wird von 48 % der Befragten insgesamt und von 53 % der KMU als Bürokratiepunkt genannt. Große Unternehmen nehmen die Steuergesetzgebung als weniger belastend wahr. Demgegenüber stehen die EPU, von denen 68% die Steuergesetzgebung sogar als die größte Belastung empfinden. Kaum Unterschiede zeigen sich in den Rückmeldungen aus den einzelnen Wirtschaftsbe-

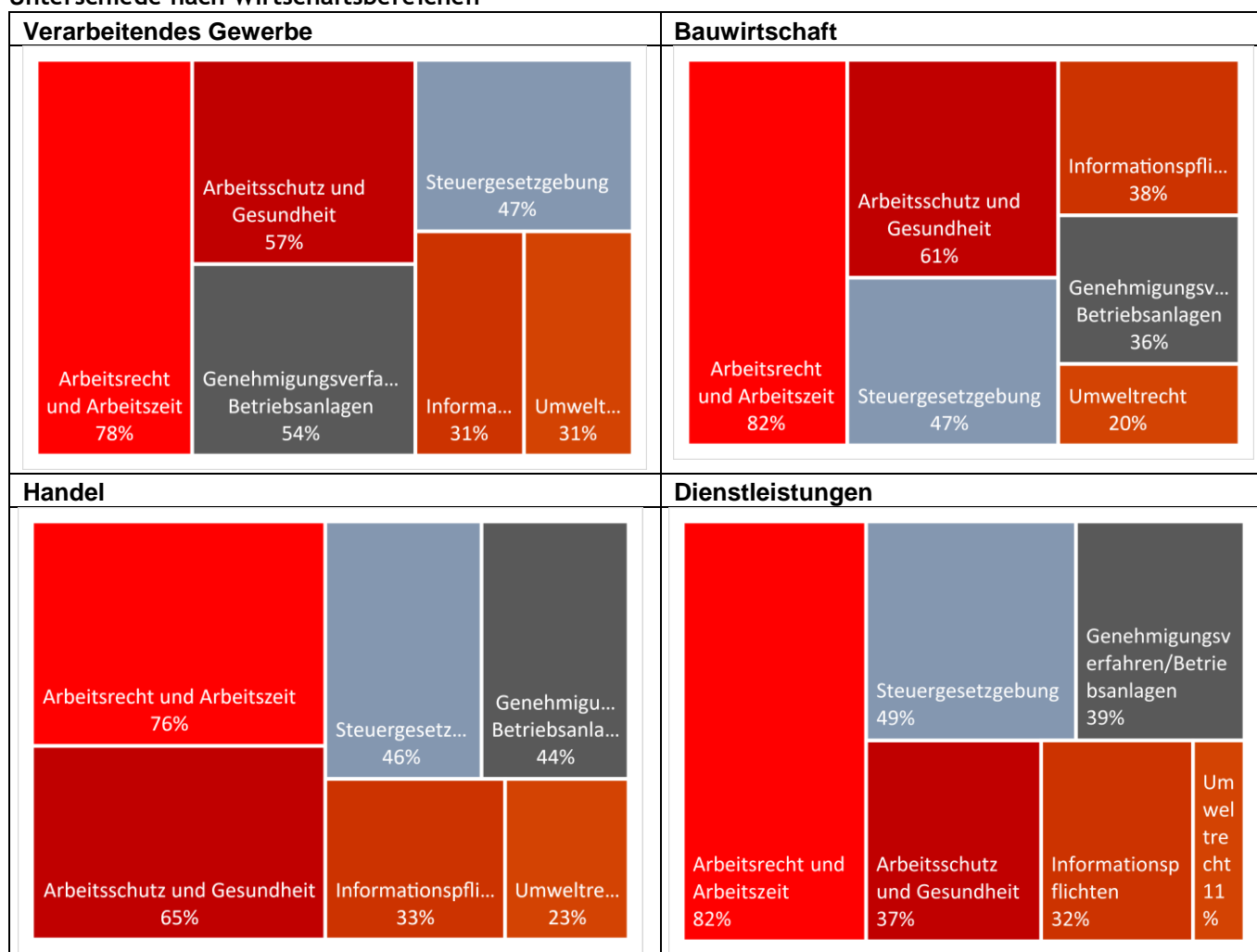
reichen, die Steuergesetzgebung wird von allen Branchen annähernd gleich belastend eingestuft.

Genehmigungsverfahren liegen auf Rang 4 bei der Bewertung von Bürokratieverursachern. Insbesondere von mittleren und großen Unternehmen werden diese als eher belastend empfunden. 54 % der Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe nennen Genehmigungsverfahren als bürokratische Belastung. Auch im Handel scheinen die Betriebsanlagengenehmigungen einen höheren Aufwand zu bedeuten.

Informations- und Veröffentlichungspflichten erreichen bei den Größenklassen EPU und kleine Unternehmen einen hohen Wert. Bei den großen Unternehmen, die zwar überdurchschnittlich viele Veröffentlichungspflichten vorweisen müssen, gibt es in der Regel Personen, die im Unternehmen dafür zuständig sind, diese Bürokratie zu bewältigen. Direkter betroffen fühlen sich EPU, von denen 45 % Informations-, Veröffentlichungs- und Meldepflichten als bürokratieintensiv empfinden.

Die übrigen abgefragten Punkte erreichen deutlich weniger Nennungen. Auf den Bereich Umweltrecht entfallen im Verarbeitenden Gewerbe 31 %, deutlich geringer fällt der Anteil im Handel und vor allem im Dienstleistungsbereich aus.

Unterschiede nach Wirtschaftsbereichen



Rankings belegen Regulierungsdichte

Durch die Erfüllung von Verwaltungsleistungen entsteht für die Unternehmer ein zeitlicher und monetärer Aufwand. Die hohe Belastung durch Bürokratie in Österreich belegen diverse Rankings von Weltbank oder World Economic Forum (WEF), bei denen Österreich in den letzten Jahren im Bereich Bürokratie und Regulierung immer weiter zurückfällt.

Eine Zusammenstellung von 15 Rankings im Bereich Regulierung und Bürokratie zeigt, dass über 40 % der Standorte besser eingestuft sind als Österreich. Dies belegt das Verbesserungspotenzial und den gebotenen Handlungsbedarf.



Ausgewählte Rankings	Institution	Österreichs Rang/von untersuchten Ländern	Trend
Index of Economic Freedom	Heritage Foundation & Wall Street Journal	30/180	▼
Index der unternehmerischen Freiheit	Roman Herzog Institut	16/28	▼
Burden of Government Regulation	Weltwirtschaftsforum	65/137	▼
Business Environment Ranking	Economist Intelligence Unit	18/82	▼



Weitere Rankings zum Thema Bürokratie finden Sie [hier](#)

Burden of Government Regulation

2009 lag Österreich auf Rang

39

Land (Auswahl)	2018	2017
Schweiz	6	7
Deutschland	7	18
Finnland	8	13
Niederlande	19	31
Schweden	23	22
Irland	26	9
UK	32	25
Österreich	65	50
Frankreich	115	115
Italien	134	136

FAZIT

Die Gegenüberstellung der wichtigsten Bürokratieverursacher aus Sicht der Unternehmen mit den von der neuen Bundesregierung angekündigten Schwerpunkten zeigt, dass die richtigen Akzente geplant sind.

Österreichs Unternehmerinnen und Unternehmer sollen sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.

Die wichtigsten Maßnahmen der Bundesregierung zur Entlastung unserer Unternehmen von Bürokratie und Überregulierung

- ➔ Kein „Gold Plating“ (Übererfüllung von EU-Regeln) mehr
- ➔ Entlastung bei statistischen Meldepflichten
- ➔ Reform des Verwaltungsstrafrechts: insbesondere die Einschränkung des Kumulationsprinzips - nur eine (verhältnismäßige) Strafe statt Mehrfachbestrafung und Umsetzung des Prinzips „beraten statt strafen“ in allen Materiegesetzen
- ➔ Einfachere öffentliche Auftragsvergabe
- ➔ Günstigeres und vereinfachtes Normenwesen
- ➔ Abbau überbordender Melde- und Informationspflichten – Aus für Pflichtveröffentlichung in der „Wiener Zeitung“
- ➔ Verfahrensbeschleunigungen im UVP-Gesetz
- ➔ Bürokratiecheck für alle neuen Gesetze vor ihrer Beschlussfassung
- ➔ Durchforsten der Arbeitnehmerschutzvorschriften - Arbeitsinspektorat als Serviceeinrichtung
- ➔ Identifikation und Abschaffung sinnloser Regulierungen
- ➔ Langfristige Wirtschaftsförderungsstrategie

Die im Regierungsprogramm angekündigten Schwerpunkte zum Abbau von Bürokratie werden von der Wirtschaft unterstützt und sollten ehestmöglich umgesetzt werden. Denn ohne diese Maßnahmen leiden die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen.

Welche Rechtsvorschriften verursachen die meiste Bürokratie bzw. Probleme?

Ergebnisse nach Unternehmensgrößenklassen

	<i>EPU</i>	<i>Kleine Unternehmen</i>	<i>Mittlere Unternehmen</i>	<i>Große Unternehmen</i>	<i>KMU</i>
Anzahl der Beschäftigten	0	1-49	50-249	Mehr als 250	1-249
Arbeitsrecht und Arbeitszeit	49%	82%	82%	77%	82%
Arbeitsschutz und Gesundheit (inkl. Gebäude- und Brandschutzvorschriften)	33%	55%	52%	48%	54%
Steuergesetzgebung	68%	55%	50%	35%	53%
Informations-, Veröffentlichungs- und Meldepflichten	45%	40%	36%	22%	38%
Genehmigungsverfahren/ Betriebsanlagen	37%	38%	49%	47%	42%

(Mehrfachantworten möglich)

Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen

	Verarbeitendes Gewerbe	Bauwirtschaft	Handel	Dienstleistungen
Arbeitsrecht und Arbeitszeit	78%	82%	76%	82%
Arbeitsschutz und Gesundheit (inkl. Gebäude- und Brandschutzvorschriften)	57%	61%	65%	37%
Steuergesetzgebung	47%	47%	46%	49%
Genehmigungsverfahren/ Betriebsanlagen	54%	36%	44%	39%
Informations-, Veröffentlichungs- und Meldepflichten	31%	38%	33%	32%
Umweltrecht	31%	20%	23%	11%

(Mehrfachantworten möglich)

Quelle: WKÖ-Wirtschaftsbarometer

Der Wirtschaftsbarometer ist die größte Umfrage der gewerblichen Wirtschaft und wird halbjährlich durchgeführt. An der aktuellen Befragung haben sich 3.615 Unternehmen beteiligt.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information, Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider,
Druck: Eigenvervielfältigung, Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung
Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik, Leitung: Dr. Christoph Schneider, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, wko.at/wp, wp@wko.at.

Autorinnen/Ansprechpartnerinnen:
MMag Claudia Huber
Claudia.Huber@wko.at
Tel: 05 90 900-4243
Mag. Timna Kronawetter
Timna.Kronawetter@wko.at
Tel: 05 090 900-4273